sich als erster provozieren lässt, hat verloren. Wir alle kennen das aus dem scheinbar grobschlächtigen medialen Vorgeplänkel vor großen Fußballspielen zwischen England und Deutschland. Oder von Monty Python. Rawsnley zerrt an der Labour Partei, aber er zerreißt sie nicht.

Allem Spaß zum Trotz: Die Grundlagen für Satire sind nicht aus der Welt gegriffen, sie sind Realität und spiegeln die gesellschaftliche Meinung wider. Es ist in der Vergangenheit – auch in der deutschen Sozialdemokratie - zu oft der Fehler gemacht worden, die Reformanteile der eigenen Politik, die den Nachweis vermissen ließen, einen gesellschaftlichen Nutzen zu haben, schön zu reden, freilich ohne dabei direkt zu sagen: »Das war Mist.« Stattdessen behauptete man: »Ohne uns wäre es noch viel schlimmer gekommen.« Das war nicht aufrichtig. Das ist zwar nicht ganz der klägliche Versuch, die Zahnpasta zurück in die Tube zu drücken. Aber Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnt man damit ganz sicher nicht zurück.

Dennoch sollte man mit Blick auf Großbritannien zur Kenntnis nehmen, was dort derzeit passiert, ein paar wenige Wochen, nachdem die Labour-Regierungs-Ära beendet worden ist. Premier Cameron und Finanzminister Osborne schwingen derzeit eine gewaltige Sparaxt und das ganze Land duckt sich. Im Schnitt müssen alle

Ministerien 25 % ihrer Ausgaben kürzen. Einige Ressorts wird es sogar deutlich höher treffen. Die Axt wird dort am stärksten fallen, wo nach neoliberaler Überzeugung ohnehin nur unproduktiv konsumiert wird – bei den Sozialleistungen. Das ist eher eisernes Sparen nach Thatcher-Manier als »mitfühlender Konservatismus«.

Großbritannien wird dank dieser Sparorgie sobald nicht aus der Krise herauskommen. Und es darf drei Mal geraten werden, wem dann bei der nächsten Wahl das Vertrauen geschenkt werden wird. Die Ära von New Labour war die längste Periode einer Nicht-Tory Regierung seit 1762. Auch das erwähnt Rawnsley, so ist zu vermuten, nicht ohne Grund und ohne Anerkennung in seinem Buch. Spätestens, wenn gegen Ende des Buches belustigtirritiert davon berichtet wird, wie Bono, »the rock star cheerleader for Labour in the past«, auf der letzten Tory-Konferenz vor der Wahl ein Empfehlungsvideo für die Konservativen absetzte, wird klar, wo die politischen Sympathien des Autors liegen dürften.

Ein wirklich gutes Buch, empfehlensund lesenswert von der ersten bis zur letzten Seite mit vielen Anekdoten, Einsichten und (wohl auch) Projektionen.

Andrew Rawnsley: The End of the Party. The Rise and Fall of New Labour. Viking, London 2010, 816 S., £ 25,00.

Klaus-Jürgen Scherer

## SPD in der Diskussion – neue Bücher

Die SPD, hervorgegangen aus der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle in Leipzig, will 2013 ihr 150jähriges Jubiläum feiern. Doch nichts bleibt selbstverständlich. »Man sollte nicht unbedingt damit rechnen, dass das 21. Jahrhundert ein sozialdemokratisches sein wird«, so Franz Walter.



Klaus-Jürgen Scherer

(\* 1956) ist Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

Das Geheimnis des langen Lebens der Sozialdemokratie heißt Transformation und Erneuerung, die nur dann als geglückt gelten können, wenn die Vision einer »Gesellschaft der Freien und Gleichen«, wie es auch im neuen Grundsatzprogramm heißt, nicht gänzlich aufgegeben wird. Immer wieder, manchmal nach Irrwegen oder auf Umwegen, gelang es der ältesten Partei Deutschlands, ihre wertorientierte Vision von persönlicher Freiheit, gesellschaftlicher Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden mit Offenheit für Mehrheiten und gewandelte Verhältnisse.

Natürlich begleiten diskursives und machtpolitisches Ringen die permanente Suche nach dem richtigen Weg. So geht es in der jüngsten Geschichte auch um klassische Spannungsverhältnisse, um reformpolitische Wege zwischen utopischem Überschuss und realpolitischer Ernüchterung, um zeitgemäße Positionierung zwischen Modernisierung und Traditionalismus. Zudem um den Demokratiekonflikt zwischen Bürgern und Mitgliedern an der Basis und dem Terrain des Machtspiels, der parlamentarischen Kompromisse und der medial vermittelten Tagespolitik.

## **Kritik und Erneuerung**

Von diesen Themen zeugen drei neuere Bücher über die SPD – und auch davon, dass sich am Prinzip, solche Differenzen aushalten und immer neu aushandeln zu müssen, seit der Reformismusdebatte, seitdem Bernstein, Luxemburg, Kautsky über Kapitalismus sowie Weg und Ziel des Sozialismus stritten, offenbar wenig geändert hat. Die Vermutung liegt nahe, dass genau diese schillernde Ambivalenz von glaubwürdigen Grundsätzen und Gesellschaftskritik einerseits sowie dem im praktischen Handeln Notwendigen andererseits die Attraktivität des Projektes Sozialdemokratie ausmacht.

Die junge Historikerin Jeanette Seif-

fert geht in ihrer Studie der Frage nach, was aus dem »Marsch durch die SPD« vieler der »68er« geworden ist, bei dem es sich ja um eine gezielte Strategie, vor allem von Jungsozialisten, handelte, die die SPD mit Neueintritten und Veränderungen quasi ȟberrollten« und zum Aufstieg der Parteilinken 1969-1974/75 führten. Am kommunalen Beispiel der Kölner SPD wird, u.a. noch anhand von Dokumenten aus dem untergegangenen Stadtarchiv, zweierlei gezeigt: Zum einen eine programmatisch-ideologische Polarisierung, deren Rechthaberei und Schärfe der Auseinandersetzung nicht zuletzt aufgrund persönlicher Feindschaften noch heute erschaudern lassen. Zum anderen einen in der Nachkriegsgeschichte einzigartigen Generationenwechsel und Mitgliederzuwachs durch die in den 40er und 50er Jahren Geborenen. Doch letztlich wirkten Disziplinierungs- wie auch Verführungsmechanismen integrativ, die Übernahme politischer Verantwortung mäßigte die Ansichten. Die eigene Parteikarriere trat vielfach vor das Bestreben, die Institution SPD umzukrempeln.

Man kann der Autorin darin folgen, dass es den »68ern« unterm Strich nicht gelungen ist, die totale Veränderung der SPD im Hinblick auf innerparteiliche Demokratisierung und die Überwindung des Kapitalismus (über dessen richtigen Weg man sich ja zudem untereinander heftigst stritt) zu bewirken. Jedoch müsste ein Blick für die Dialektik von Radikalität und Reform hinzukommen, bildete sich doch aus dem sozialistischen Aufbruch eine tiefgreifende Revitalisierung der Partei heraus, bis hin zum Berliner Grundsatzprogramm, das vom Postmaterialismus der »68er« beeinflusst demokratietheoretische, systemkritische, ökologische, feministische und friedensbewegte Motive aufgriff. Der Wandel der Alters- und Sozialstruktur wird in dieser Studie eher als ein zu bewältigendes Integrationsproblem betrachtet (das es damals auch war). Doch lebt noch heute die schrumpfende und in die Jahre gekommene Mitgliedschaft bekanntlich vom historischen Glücksfall der Eintrittswelle dieser jungen Generation.

## Krise der Parteiendemokratie

Der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Marco Bülow betrachtet aus der »Innenansicht der Macht«, wie Peter Glotz diese Perspektive nannte, die Parteiendemokratie. In ihr liegt ja die entscheidende Differenz zwischen demokratischem Sozialismus und kommunistischen bzw. anarchistischen Strömungen der Arbeiterbewegung. Ihm geht es um die Erfahrungen der letzten Jahre, also darum, wie Abgeordnete sich ihres Einflusses beraubten und die Entscheidung zu wichtigen Themen allein der Regierung überließen. Gezeigt wird, wie Basta-Politik, Lobbyismus, Expertokratie, Filz, Klüngel, Intransparenz, gespielte Allwissenheit, überzogene Versprechen und Technokratisierung nach und nach die Parteiendemokratie ihrer Grundlage beraubten. Alle Berichte aus dem Leben dieses »normalen« Abgeordneten, beispielhaft das Gesetzgebungsverfahren zur Lagerung von CO2, laufen darauf hinaus, die Postdemokratie-These des Politikwissenschaftlers Colin Crouch zu illustrieren die Entleerung und den Substanzverlust der demokratischen Institutionen durch Ökonomisierung, Personalisierung und Mediatisierung. Nicht »Nestbeschmutzung« oder die Bestätigung des Antiparteien-Affekts ist das Ziel Bülows (wiewohl ihm genau das von Fraktionskollegen vorgeworfen wurde), sondern das, worum es jetzt in den Zukunftswerkstätten des SPD-Parteivorstandes geht: »gegen Politikverachtung und Demokratiedistanz und die Verdrossenheitsdebatte eine Politik zu setzen, die für gelebte Demokratie wirbt«. Mehr-Demokratie-wagen-2.0 könnte ein wichtiges Projekt werden, den Graben zwischen Parteipolitik und Bevölkerung zu schließen. Das Reformprogramm hat bereits klare Stichworte: Debatten beginnen, Parteien umbauen, Abgeordnete stärken, Transparenz einführen, Lobbyismus eindämmen, Mitbestimmung durchsetzen, neue Medien nutzen.

## **Soziale Milieus integrieren**

Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter beschreibt – in der ihm eigenen Mischung aus facettenreichen Befunden, überzogener Polemik und innovativer Zuspitzung - den bisherigen »Niedergang der SPD« als eine Geschichte hin zu einer nicht mehr mehrheitsfähigen, schrumpfenden Partei ohne Orientierung. Eigenartig monokausal setzt er in Anknüpfung an Eric Hobsbawm das Jahr 1973, das Ende der Wachstumsära, als Zäsur (während Seiffert ja gerade die Partei jener Jahre als für die akademische Jugend so anziehend und lebendig, voller Zukunftsträume zeigt). Doch stand nicht bereits Godesberg (1959) für die Überwindung der unterkomplexen Sichtweise der alten SPD (»Bürgertum versus Arbeiterklasse, Markt kontra Staat, Sozialgesetze statt Profite«)? Und wurden nicht bereits in den 80er Jahren, befördert v.a. durch Erhard Eppler, die notwendigen programmatischen Lehren aus der ökologischen Wachstumskrise gezogen?

Bestechender – auch als seine Beschwörung des Keynesianismus als Mittel gegen die Krisen des Finanzmarktkapitalismus – ist Walters Analyse des Auseinanderreißens des sozialdemokratischen Milieus. Den aufstiegsorientierten Emporkömmlingen, anfällig für neubürgerliche Versprechen, stehen die Zurückgelassenen und Ausgegrenzten gegenüber, die SPD-Politik eher als Zumutung denn als Unterstützung erfuhren. »Eine SPD der neuen Mitte ist zur Integration des unteren Fünftels der Gesellschaft nicht mehr in der Lage«. Eine schlüssige strategische Antwort auf dieses Problem bleibt freilich auch

Walter schuldig. Gutgemeintes, wie die Forderung nach »lebenslangem Lernen«, wirke, so Walter, auf diese Gruppen eher als Bedrohung.

In der fortschreitenden Individualisierung liegt sicher ein struktureller Grund für die Abwärtsspirale der SPD, doch wie passt hierzu der Vorwurf an die individualisierten SPD-Führungen, sie hätten sich von ihren sozialen Herkunftsmilieus entfremdet? Ein bloßes Zurück zur linken Traditionswahrung kann wohl kaum die Antwort sein.

Walters Kritik am arroganten Herrschaftsgestus, einer für alternativlos erklärten Politik, die harte Einschnitte »eins-zueins« durchzieht und dann beim nächsten Wahlkampf plötzlich wieder sozialkämpferische Hoffnungen nährt, trifft sich mit Bülows Absage der Top-Down-Politik: »Die Anführer der SPD sollten ihren entwertenden Umgang mit den eigenen Mitgliedern, Multiplikatoren, Anhängern überdenken«.

Doch zur Bilanz der sozialdemokratischen Phase des Dritten Weges bedarf es gründlicherer Analysen jenseits des jahrelangen Streits um die Frage, ob die Regierungsjahre erfolgreich waren oder ob sie (fast) den Untergang der SPD eingeleitet hätten. Vielleicht war es die Gleichzeitigkeit von Entwicklungen: einerseits die Zunahme von arm und reich und von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, der Entfesselung des Finanzmarktkapitalismus; andererseits die Durchsetzung von Modernisierungsprogrammatik, deren Bedeutung bleibt. Hierzu zählen der zentrale Stellenwert von Bildung und Kultur, von Emanzipation und ökologischer Erneuerung, sowie das Wissen um die Notwendigkeit einer neuen Arbeitsmarktpolitik, einer Politik der sozialen und kulturellen Inklusion, eine Politik, die weiß, dass sie auf das Wechselspiel von Bürgerengagement und Institutionen angewiesen ist und daher auf Aktivierung angelegt sein muss. Es gilt an eine Sozialstaatsdebatte anzuknüpfen, die soziale Rechte verteidigt und zusätzlich den Sozialstaat auch als vorsorgend (»vorbeugend«, so Johano Strasser bereits 1979) versteht. Und ist nicht auch das Glas halbvoll, wenn am Ende eines Zyklus' sozialdemokratischen Regierens »mitfühlende« Konservative in vielen Staaten Europas nach der Regierungsübernahme die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen kaum zu ändern wagen?

In Zukunft wird es auf dreierlei ankommen: 1. auf globale, europäische und nationale Regulierungen der finanzmarktdominierten Ökonomie, 2. darauf, die »neue Unterschicht« mit einer Politik für Zusammenhalt und Integration zu unterstützen, 3. auf Wege des Ausgleichs und der Solidarität, die auch die gesellschaftliche Mitte überzeugen. Denn »die moderne soziale Mitte, so undeutlich ihre Existenz auch sein mag, wird in den folgenden Jahrzehnten das >Gravitationszentrum (Emmanuell Todd) politischer Weichenstellungen bleiben«, meint bei aller Wehklage über den Verlust der traditionellen SPD auch Franz Walter

Die Sozialdemokratie steht vor der Aufgabe, verlorenes Vertrauen und erschöpfte Solidarität neu zu beleben. Und sie muss zeitgemäße Antworten auf Globalisierung und Individualisierung finden, darauf, dass ihre potenziellen Wählergruppen kulturell segmentiert, sozial zerklüftet und politisch gespalten sind. Gelingt dies, werden in Zukunft nicht nur weiter kluge und engagierte Bücher über die SPD erscheinen, dann könnte sie auch wieder Hoffnungsträgerin für eine soziale Demokratie werden, die ja eigentlich nach allen Ergebnissen der Meinungsforschung von einer Mehrheit gewollt wird.

Marco Bülow: Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter. Econ, Berlin 2010, 238 S., € 18.00.

Jeanette Seiffert: »Marsch durch die Institutionen?« Die »68er« in der SPD. Bouvier, Bonn 2009, 336 S., € 29,90.

Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie. Suhrkamp, Berlin 2010, 141 S., € 12,00.